

SIND (UNSERE) UNIS NOCH ZEITGEMÄSS?

ALTERNATIVEN, VISIONEN, UTOPIEN

TRANSKRIPT EINER PODIUMSDISKUSSION MIT EVA MALTSCHNIG,
ERICH RIBOLITS, KARIN SCHÖNPFLUG, MARLENE STREERUWITZ UND
PHILIP TAUCHER

MODERATION & FRAGEN: LEO HIESBERGER



*Buchpräsentation mit anschließender Podiumsdiskussion,
18. März 2010 (© Martin Juen)*

Karin, siehst du die Wissenschaften – auf Grund ihres eingengten, fachspezifischen Blickfeldes und dem Selbstanspruch der »Wertneutralität« – als gänzlich ungeeignet für die Entwicklung alternativer Visionen? Welchen Beitrag können die Wissenschaften bzw. Universitäten deiner Meinung nach zur Verwirklichung emanzipatorischer Utopien leisten?

KARIN SCHÖNPFLUG: Als Ökonomin möchte ich sagen: Natürlich sind sie geeignet für die Entwicklung alternativer Visionen. Wenn man davon ausgehen möchte, dass die Ökonomie als Wissenschaft durchgehen soll, dann

möchte ich an dieser Stelle Friedrich August von Hayek (1949) zitieren: »We must make the building of a free society once more an intellectual adventure, a deed of courage. What we lack is a liberal utopia.« Das ist ein eindeutiger Aufruf an Wissenschaft und an die Intellektuellen, tatsächlich Programme aus dem Wissenschaftsbereich als Gesellschaftspolitik umzusetzen, und die Ökonomie hat in den letzten Jahrhunderten ganz genau das gemacht.

Die Ökonomie bezeichnet sich selbst ja auch als Wissenschaft der Sozialphysik. Sie hat das eigentlich gerne so gemacht, dass sie die gerade modernen Lehren aus der Physik adaptiert hat und gesagt hat: Nicht nur funktioniert die Welt und der Kosmos auf eine bestimmte Art, sondern die Ökonomie funktioniert parallel zu diesem Kosmos ganz genau mit den gleichen Naturgesetzen. Es wurden schöne Metaphern gefunden, unter anderem *die Welt als Uhrwerk* und, später, *die Welt als Maschine*. Ich denke, das nächste was kommen würde, der nächste Schritt, den die Ökonomie noch nicht geschafft hat von der Physik zu adaptieren, das, was eigentlich die Wissenschaft revolutioniert, ist die *Quantenphysik*. Wie könnte eine Ökonomie aussehen, die die Quantenphysik als soziale Metapher abbildet? Eine zweite Methode wäre sich nicht an der Physik, sondern an der Literatur zu orientieren. Nancy Folbre meint hierzu, man soll insbesondere die utopischen Werke der feministischen Science-Fiction-Autorinnen ansehen, um sich zu überlegen, wie eine alternative Gesellschaft ausschauen könnte.

Welchen Beitrag können die Unis zur Verwirklichung emanzipatorischer Visionen leisten? Naja, das ist schwierig. Ich glaube, das Wichtigste wäre, dass man ein bisschen zurück greift auf Bildungskonzepte und -utopien. Bell Hooks schreibt etwa in *Teaching to Transgress*: »The academy is not paradise, but learning is a place, where paradise can be created. The classroom with all its limitations remains a location of possibility. In that field of possibility we have the opportunity to labour for freedom, to demand of ourselves and of our comrades an openness of mind and heart, that allows us to face reality, even as we collectively imagine ways to move beyond boundaries to transgress. This is education as a practice of freedom.« – War das utopisch genug?

Frau Streeruwitz, führen Sie den Mangel an persönlicher Freiheit – an den Unis und in der Gesellschaft im Allgemeinen – auf die aktuellen Zustände zurück? Halten Sie es somit für möglich, ihn etwa durch eine andere Organisation der Unis zu überwinden? Oder sind Sie der Meinung, dass die Universitäten als Institutionen des Staates und somit als Moment der

Reproduktion von Herrschaft gänzlich ungeeignet sind, persönliche Freiheit und Autonomie zu gewähren?

MARLENE STREERUWITZ: Zunächst denke ich, dass Freiheit noch nie gewesen ist. Ich beziehe mich nicht auf eine Vergangenheit, in der ein goldenes Zeitalter existiert hätte, von dem ein Abstieg stattgefunden hat, ich beziehe mich aber auch nicht auf eine Zukunft, die etwas Besseres verspricht in den Entwürfen. Ich habe den Utopien eine relative Absage erteilt. Ich sehe die Aufgabe von Literatur nicht darin, einen Entwurf der Zukunft vorzulegen, sondern die nahe Gegenwart zu durchdringen, um herauszufinden, wie die Praktiken der Macht zu entschlüsseln sind. Das hat mit Österreich zu tun, und das hat mit dieser Form von Universität zu tun. Ich glaube, dass die Geschichte der Universitäten eine andere ist als in anderen Ländern, dass die Institutionengeschichte genauer angesehen werden müsste, welche Rolle die Universität in dem monarchischen Imperium gespielt hat, und welche Formen von Imperium sich hier weiterschreiben. Das wäre eine wissenschaftstheoretische und institutionentheoretische Aufgabe, die, glaube ich, nicht erfüllt bzw. nicht begonnen wurde.

Freiheit kann nur in Bezogenheit stattfinden. Freiheit ist nicht etwas, das es gibt, Freiheit ist etwas, das gemacht wird. Die Freiheit des Lernens und des Lehrens sind Grundwerte, wobei beständig alle Praktiken zu untersuchen sind, um sicher zu gehen, dass diese Freiheiten im jeweiligen Zusammenhang gewährleistet sind, gewährleistet werden können, hergestellt werden können, erobert werden können. Selbstverständlich kann es dann nicht darum gehen, dass ein Raum ausschließlich und einzig für irgendjemanden entsteht, sondern immer in einer Bezogenheit. Da kommt nun wiederum das Problem der österreichischen »Kultur« zum Tragen, dass wir Gesellschaft nicht kennen. Wir kennen hier keine Gesellschaftlichkeit, die sich positiv ausdrücken kann. Das heißt, dass ein Ziel, sich über Lernen in die Gesellschaft zu entwerfen, fast nicht möglich ist, und daher jeder und jede gewissermaßen sehr einsam dahin schwimmt, und deshalb vielleicht mehr in diesen Reproduktionsteil abfällt, weil das der ist, der aus der alten Geschichte heraus zur Erziehung der Staatsdiener vollständig erhalten ist und die andere Seite wenig bedient wird.

Wir hatten noch nie eine wirkliche Universität im Kantschen Sinn, was das Umgehen mit hier noch einmal besonders schwierig macht. Deswegen fand ich die kleine Pragmatik, die die Proteste hatten, auch das Richtige. Es kann jetzt hier nicht alles auf den Kopf gestellt werden, weil es gar keinen Kopf gibt, sondern es muss eben in kleinen Schritten und in jedem

Eigenzusammenhang die Bezüglichkeit herausgearbeitet, die Fragen an die Wissenschaftstheorie gestellt und dann daraus Schlüsse gezogen werden.

Ich hätte es schön gefunden, wenn die Drittelparität des UOG 1975 dazu geführt hätte, dass es ganz starke Studienkommissionen gibt, die eine Identität entwickelt hätten, welche diesen Schritt machen hätte können, Bologna zum Beispiel entweder so abzulehnen, dass es wirklich abgelehnt ist, oder so umzubauen, dass es das ist, was man »gedeihlich« nennen könnte. Das hat nun nicht stattgefunden, was mit der spitzen Hierarchie zu tun hat, die hier von den Professoren dem Universitätsbetrieb – dem Betrieblichen – immer gedacht worden ist. In den späten 1980er Jahren ist eine Art neoliberaler Raureif über die Universitäten gegangen, der in den 90er Jahren die Universitätsreformen ermöglicht hat, die dann ohne Widerspruch durchgeführt wurden. Der Protest jetzt wirkt eigentlich historisch spät, aber es ist nie zu spät, weil immer ein Neuentwurf möglich ist – und der wird ja hier angegangen. Die Universitäten sind sicher, weil sie *sind*, eine pragmatische Notwendigkeit. Freiheit kann nur gelernt werden, wenn alles gelernt ist, so wie es das Allgemeine herstellt, um aus dem Allgemeinen auf ein Besonderes schließen zu können, das aber dann nicht ein Asoziales sein muss.

Philip, der Beitrag der Kritischen & Solidarischen Universität (KriSU) hat eine dezidiert antikapitalistische Ausrichtung. Versteht sich die KriSU schon als konkrete Realisierung einer derartigen anti-kapitalistischen Utopie? Wie schätzt du die Möglichkeit der Schaffung nicht-kapitalistischer Strukturen inmitten eines immer totalitärer werdenden Kapitalismus ein?

PHILIP TAUCHER (KRI SU): Ich denke zunächst, dass das eine Frage der Praxis ist. Ich glaube, dass man das nicht so sehen kann: Die einen sind kapitalismuskritisch und die anderen wollen den Kapitalismus nur reformieren. Selbst wenn man den Kapitalismus nur reformieren möchte und einen »besseren« Kapitalismus will, muss man in gewissen Gebieten über kapitalistische Logiken hinausgehen. Es gibt nicht Kapitalismus und Nicht-Kapitalismus, sondern es ist immer eine gesellschaftliche Auseinandersetzung, und insofern ist es wichtig Räume zu schaffen, gerade wenn man in der Krisensituation ist, wo wesentliche Grundmechanismen des Kapitalismus nicht nur schädlich sind, sondern auch nicht mehr funktionieren. Dann sollte es, auch aus einer gewissen Notwendigkeit heraus, schon ein Ziel sein, dass man sich überlegt, wie kann Universität, wie kann Zusammenleben von Menschen, wie kann gemeinsames Produzieren auch in nicht-kapitalistischer Weise funktionieren.

Wir haben diesen Diskurs der Solidarischen Ökonomie nicht erfunden, sondern unser Ziel ist es, Praktiken der Solidarischen Ökonomie zu erproben und Diskussionen über Solidarische Ökonomie zu führen, eine Ökonomie, die nicht rein auf Profitmaximierung konzentriert ist, sondern auf die Produktion von Gemeingütern. Dieser Diskurs ist nicht von uns oder in irgendwelchen Universitäten erfunden worden, sondern in konkreten Praktiken, woraus eine systematische Reflexion entstanden ist, die jetzt unter dem Label *Solidarische Ökonomie* läuft.

In der an den Universitäten gelehrt Ökonomie liegt der Fokus vor allem auf Wachstumstheorien, auf Makroökonomie – die »Krone der ökonomischen Lehre« –, und es wird relativ wenig danach gefragt, ob dieses Wachstum auch sinnvoll ist, sondern es geht vielmehr darum, dieses Wachstum zu fördern. Also haben auch die Ökonomie und die Wissenschaft eine bestimmte Rolle innerhalb dieses Kapitalismus, die aber natürlich nicht ausgemachte Sache ist, sondern immer ein Gegenstand von Auseinandersetzungen und Kämpfen. Es geht nicht um eine reine Reform oder um mehr Geld für die Universitäten, sondern es geht um eine wesentliche sozio-ökonomische Auseinandersetzung und einen gesellschaftlichen Kampf um die Universitäten *und* um unsere Gesellschaft.

Eva, als Generalsekretärin der ÖH möchte ich dich etwas zum Spannungsfeld zwischen dem Kampf um konkrete, einzelne, »realistische« Verbesserungen innerhalb des Bestehenden und dem Kampf um eine utopische, gesamtgesellschaftliche Veränderung fragen. Ist angesichts der politischen Machtlosigkeit der Studierenden (und auch der ÖH) der Kampf um konkrete Verbesserungen überhaupt realistischer als utopische, auf eine gesamtgesellschaftliche Transformation abzielende, Forderungen?

EVA MALTSCHNIG: Für die Beantwortung dieses Spannungsfeldes ist es wichtig, sich zuvor einmal zu überlegen, was ist die ÖH überhaupt und was kann die ÖH. Die ÖH als gesetzliche Interessensvertretung der Studierenden in Österreich ist eine Institution, die sich im öffentlich-rechtlichen Bereich bewegt, also im Spielfeld der Institutionen, der politischen EntscheidungsträgerInnen. Das heißt, die ÖH ist eine Institution, die ihre Möglichkeiten hat, aber auch ihre Grenzen kennt. Die ÖH will und kann nicht die soziale Bewegung der Universität sein, sondern wir können als Institution Ansprechpartnerin, Ansprechpunkt, Förderin und Promotorin von den Forderungen und von den Inhalten sein – und hier können sich die Überschneidungen abspielen. Natürlich kann die ÖH Grenzen überschreiten, die ihr dieser institutionelle Rahmen auferlegt. Das sieht man besonders in HochschülerInnenschafts-Strukturen, die sich als »linke«

politische Gruppierungen verstehen, wo z.B. Bücher herausgegeben oder Kongresse veranstaltet werden, die dazu dienen sollen, dass man den Mitgliedern Bildung, Austausch und Diskurs ermöglicht. Und auch während der Proteste war ersichtlich, dass etwa beim Bologna-Gegengipfel AktivistInnen der Planungsgruppe aktiv Leute von der ÖH gebeten haben Grundlagen-Inputs zu liefern, so dass wir aus unserer Erfahrungswelt als StudierendenvertreterInnen berichten können, um dann gemeinsam weiter zu diskutieren. Ebenso sind zahlreiche personelle Überschneidungen zwischen Leuten, die in ÖH-Strukturen – sei es jetzt auf Bundes-, Universitäts- oder Studienrichtungsververtretungsebene – und Leuten, die sich in der Protestbewegung sehr intensiv engagiert haben, vorhanden. Dementsprechend glaube ich, dass wir als ÖH wissen, was wir sind, und tun, was wir können, und dass wir eine sinnvolle Rolle für die Studierendenproteste einnehmen konnten.

Konkret auf die Frage der Forderungen bezogen würde ich es für uns so sagen: Natürlich sind sie kleinteilig und natürlich ist die Forderung nach einer Direktausbezahlung der Familienbeihilfe auf Studierende jetzt nicht besonders revolutionär, allerdings überlegen wir uns ja, warum wir diese Sachen fordern, und wir überlegen uns auch eine Welt, zu der wir hinwollen. Demnach ist das so ein bisschen vielleicht die Revolution im Kleinen: Pragmatisch zu sein, trotzdem jeden Termin einzuhalten, repetitive Argumente zu verwenden und zumindest die Chance zu nutzen ein Thema in der Öffentlichkeit und auch in der politischen Entscheidung zu halten, das ohne die ÖH auf lange Frist vermutlich nicht in der Art und Weise dort sein könnte.

Erich, du setzt dich in deinem Buchbeitrag kritisch mit dem Bildungsbegriff auseinander, der deiner Meinung nach zu einer leeren Pathosformel degradiert wurde. Was wäre notwendig, um die Bildung wieder aus den »Fesseln der bürgerlichen Domestizierung« zu befreien? Sind die Universitäten dabei der Ort, von dem man sich gesellschaftskritische und emanzipatorische Bildung erwarten kann?

ERICH RIBOLITS: Grundsätzlich ist es wahrscheinlich ziemlich naiv innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt von einer Bildungsinstitution zu erwarten, dass sie kritische und emanzipatorische Bildung fördert oder real verwirklicht. Gerade heute, wo der Kapitalismus quasi in eine neue Phase eingetreten ist, wo der Konkurrenzkampf sich aufgrund technologischer Entwicklungen und aufgrund einer Internationalisierung unheimlich verschärft hat und auf alle Ebenen durchschlägt, werden die (gesellschaftlichen) Freiräume, die es noch gegeben hat zu Zeiten, als ich

selber studiert habe, immer kleiner. Der Konkurrenzkampf schlägt auf die persönlichsten Beziehungen bereits durch, und sich in dieser Situation einzubilden, dass Bildung oder Lernen aus diesem Konkurrenzkampf heraus gehalten werden könnten, ist natürlich ziemlich naiv. Gerade heute, wenn dauernd vom Humankapital und vom lebenslangen Lernen gesprochen wird, bedeutet das nichts anderes, als dass das Lernvermögen des Menschen völlig in diesen Konkurrenzkampf hineingezogen wird.

Trotzdem kann ich die Hoffnung nicht völlig aufgeben, dass es zumindest möglich sein müsste Freiräume zu erkämpfen, also die Universitäten und natürlich auch andere Bildungsinstitutionen als einen Platz zu erkämpfen, wo es zumindest in Teilbereichen möglich ist, so etwas wie Denken zu provozieren, wo die Devise nicht heißt »Vorsagen, Nachmachen, Funktionalisieren«, sondern eher »Vordenken, Nachdenken, Weiterdenken«. – Ein Platz, an dem so viel Raum ist, dass auf der einen Seite freies Denken provoziert wird, und auf der anderen Seite die Möglichkeit für die Studierenden besteht, diesen Raum zu nützen und selber Perspektiven für eine Veränderung und eine Weiterentwicklung der Gesellschaft zu entwickeln. Das ist im Moment ganz sicher nicht der Fall. Das, wogegen sich die Proteste in erster Linie gerichtet haben, ist die zunehmende Verschulung der Universität, die zunehmende Einengung der Freiräume, die es dort vielleicht früher gab, als die Universität eben nur für jene gedacht war, die sowieso von vornherein aufgrund ihrer sozialen Lage dafür vorgesehen waren zu studieren. Wir haben noch lange keinen freien Bildungszugang hinsichtlich der sozialen Herkunft, wir haben ein ganz massiv sozial selektives Bildungswesen in Österreich, aber trotzdem hat sich ein ganz klein wenig etwas getan, die Uni ist ein ganz klein wenig aufgegangen, ein paar mehr Leute von denen, für die es eigentlich nicht von vornherein – schon bei der Geburt sozusagen – vorgesehen ist, können in der Zwischenzeit an die Universität kommen. Das ist genau der Hintergrund, der dafür ausschlaggebend war, dass dieser Freiraum wieder zurückgefahren worden ist unter dem Titel »Massenuniversität«, »das lässt sich alles nicht mehr handhaben«, »die Freiräume lassen sich nicht mehr aufrecht erhalten«, »die Demokratie hat sich überholt«. Das, was im UOG 1975 noch als Idee bestanden hat, so eine – natürlich bürgerlich – demokratische Einrichtung, ist zurückgenommen worden, und in der Zwischenzeit gibt es nicht einmal mehr die kleine Hoffnung, dass an der Universität so etwas wie Bildung statt Ausbildung, oder Bildung im Medium der Ausbildung, stattfinden kann. Trotzdem, ganz kann ich die Hoffnung nicht aufgeben – wenn nicht dort, wo sonst.

STREERUWITZ: Mir fällt auf, dass nie von der Zeit gesprochen wird. Ich halte die Zeit noch für den viel wichtigeren Punkt, da die Beschränkung der Studienzeiten ein unglaublicher Eingriff war, weil das gewissermaßen ein »über den Kamm scheren« von einem Entwicklungsalter ist; das heißt jeder und jede muss bis zu einem bestimmten Punkt eine bestimmte Entwicklung erreicht haben. Ich lasse mir Emanzipation nicht so gerne beibringen, ich möchte die Versatzstücke haben, erobere mir das dann in einem sehr deregulierten Vorgang selbst und baue es selbst zusammen. So gesehen ginge es darum Zeit dafür zu haben, noch in der Institution emanzipatorische Methoden auszuprobieren, in einer Umgebung, die dem gegenüber offen ist. Da sehe ich gerade durch den Bologna-Prozess die Beschränkung. Wir müssen uns mit dem Bildungsbegriff, der postbürgerlich verwendet wird – wahrscheinlich ein Nostalgieprodukt des Bürgerlichen –, an die falschen Dinge erinnern, damit wir eine Ahnung behalten können, von dem, was wir wollten. Ich glaube, dass dieser Protest genau da einen großen Schritt gemacht hat, da nicht die altmodische, männlich konnotierte Revolution gemacht wurde, in der halt ein paar Sessel umgeworfen werden, und wir haben dann die Hörsaal 1-Geschichten, die dann zwar in die Kunst eingehen, aber an der Uni überhaupt nichts, oder im Gegenteil, die Reaktion hervorrufen. Vielmehr war es das vorsichtige weiter Ausprobieren und auf sich Bestehen, das so beeindruckend war, dass eben eine Gruppe auf sich bestanden hat und nicht einfach mit sich machen ließ. Wir müssen uns diesen Bildungsbegriff als Hilfsbegriff aufrechterhalten, weil sonst wird es in eine totale Reaktion umfallen, wenn man etwas nun ganz ersetzt, aushöhlt und sagt »wir machen jetzt was gänzlich Neues«. Ich glaube, dass die Offenheit hier das eine Jahr oder die eineinhalb Jahre, die nun fehlen, einfach fordern würde.

RIBOLITS: Zu dieser Zeit würde ich auch ganz gern etwas sagen. Ich betone es immer, Bildung hat mit selbst bestimmter Zeit zu tun, mit Selbstbestimmung möglichst insgesamt, aber mit selbst bestimmter Zeit im Zusammenhang mit Lernen, mit der Möglichkeit auf Basis von Gelerntem eigene Wege zu finden, Umwege, Abwege zu gehen, eigene Lösungen zu finden in seiner eigenen Zeit eine Entwicklung zu durchlaufen. Genau an diesem Punkt und genau in diesem Bereich greift aber der Bologna-Prozess ganz massiv ein. Das, was den wenigsten Studierenden noch klar ist, und wahrscheinlich auch den wenigsten Lehrenden, ist, dass die neuen Studien, die Bachelor- und Master-Studienpläne, auf einer 40-Stunden-Woche, mit fünf Wochen Urlaub im Jahr, aufbauen. Denn, wenn man es konsequent durchführt, ist das ECTS-System im Grunde genommen nichts anderes als

ein Umlegen von Arbeitsstunden, die man für eine bestimmte Lehrveranstaltung, ein bestimmtes Modul, aufwenden muss.

Das bedeutet natürlich, dass nebenbei nahezu Nichts mehr geht. Es geht, erstens, nicht, dass man nebenbei arbeitet, was insofern schon von Bedeutung ist, nachdem sich immerhin etwa 50 Prozent der österreichischen Studierenden nebenbei Geld verdienen müssen, und zweitens bedeutet es, dass man nebenbei nur mehr sehr bedingt seine eigenen Um- und Abwege gehen kann. Als ich studiert habe, haben wir noch genügend Zeit gehabt, um auf Basis dessen, was wir gelernt haben, vielleicht selber auf die Idee zu kommen: Das würde ich gerne lesen, mit dem würde ich mich gerne beschäftigen, da setze ich mich mit jemandem zusammen, und wir haben Arbeitskreise gebildet, selbst bestimmte Arbeitskreise, wo wir uns mit Literatur und Inhalten beschäftigt haben, die in den Lehrveranstaltungen nicht vorgekommen sind, sondern von denen wir selbst geglaubt haben, dass sie interessant sind.

Die alte Universität war nicht so ideal, aber in diesem Punkt hat sie etwas ermöglicht, was diese neuen Studien nicht mehr ermöglichen – und das ist Einschränkung von Bildungsmöglichkeit. Ich habe zuerst gesagt: Freiräume, aber Freiräume offenbaren sich auch darin, dass man Zeit hat, um etwas selbst Bestimmtes auf Basis der Anregung zu tun, die dort hoffentlich passiert.

TAUCHER: Ich würde den beiden Statements zustimmen. Nur, ich habe ein kleines »aber«, das für mich einen wesentlichen Unterschied macht, nämlich: Für wen fordert man die Freiräume? Wenn Studierende in Österreich fordern, mehr Freiräume für sich zu haben, welche Reaktion hat das in der Öffentlichkeit ausgerufen? Etwa: »Die sollen einmal hackeln«, »Die wissen ja gar nicht, was Arbeit wirklich ist«, usw. Dieser ganze Diskurs hat sehr viel mit der Struktur des österreichischen Bildungssystems zu tun, ein historisch gewachsenes und sehr ständisch organisiertes Bildungssystem. Ebenso ist das ganze Sozialsystem sehr ständisch organisiert, wie auch diese Logik, dass man Grundkompetenzen in der Volksschule erwirbt und dann wird getrennt in die, die einmal eine Chance haben, auf die Universität zu kommen, und die, die keine oder eine wesentlich geringere Chance haben auf eine Universität zu kommen. Diese Logik schlägt sich nicht nur in den Sozialstruktur-Analysen der SoziologInnen nieder, sondern auch im Verhältnis der Menschen zueinander. Dadurch entwickelt sich erst ein Bewusstsein der Bildungselite, von denen, die in die »richtige« Schule gekommen sind nach der Volksschule, denen »eingeredet« wird, dass sie etwas Besseres sind. Diese Logik setzt sich fort, und es braucht

auch in der Protestbewegung unheimlich viel Bewusstseinsarbeit, damit man sagen kann: Wir sind in Zukunft nicht die Elite dieses Landes, sondern wir sind im Wesentlichen genauso von prekären Arbeitsbedingungen betroffen. Dieses Kommunikationsverhältnis wird natürlich wesentlich erschwert, wenn man unterschiedliche Lebens- und Ausbildungswege durchlaufen hat.

Wenn wir wesentliche soziale Veränderungen im Bildungssystem brauchen, dann können wir das nicht nur durch Anrufung von Regierungen erwirken – wiewohl es wichtig ist Forderungen aufzustellen, damit man weiß, wo man hinkommen will –, sondern wir müssen daran arbeiten Allianzen zu bilden innerhalb der Gesellschaft. Demnach ist es wichtig Räume zu schaffen, wo solche Begegnungen stattfinden, und das ist eine wesentliche Idee, die wir mit der KriSU intendieren und auch schon praktizieren, wo Begegnungen etwa zwischen HauptschülerInnen und Studierenden erfolgen oder ein Diskurs über die gemeinsame Betroffenheit von Sozial-Dumping zwischen ArbeitnehmerInnen und Studierenden entstehen kann. Insofern finde ich es schon wichtig, dass man um Freiräume kämpft. Die Frage hierbei ist: Wen bindet man ein? Über welche Grenzen schreitet man da? Welche politische Strategie hat man dahinter?

Es sind viele Forderungen entwickelt worden, es ist viel Enthusiasmus entwickelt worden in der Bewegung, aber es ist, wenn, dann nur ein sehr unscharfes Bild der (politischen) Kräfteverhältnisse entstanden, in denen wir politisch handeln, also ein teilweise sehr naives Bild. Dadurch ist es auch zu Enttäuschungen gekommen, da jetzt das wesentliche Resultat der Proteste auf regierungspolitischer Ebene die Einführung von Zugangsbeschränkungen ist und kein zusätzliches Geld für die Uni. Man müsste sich näher damit beschäftigen, inwiefern sich gewisse Parteien, in Österreich z.B. die ÖVP, den Staatsapparat angeeignet haben, welche Rolle sie in der Bildungspolitik spielen, aber auch welche Widerstände innerhalb von solchen Parteien vorhanden sind, die man dann in einer Bewegung ausnutzen kann. Es geht um »revolutionäre Realpolitik«, wie Rosa Luxemburg das formuliert hat; es geht darum, dass man die realen Widersprüche in dem politischen Feld, in dem man handelt, genau anschaut, darüber hinaus denkt und überlegt, wo man strategisch hin will – und dafür braucht man eine gute Analyse.

STREERUWITZ: In dem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Geistfeindlichkeit der österreichischen Kultur – wie gesagt, Gesellschaft haben wir keine – sich in dem monarchistischen, austrofaschistischen Tagblatt *Kronen Zeitung* in folgender Form äußert: Die *Kronen Zeitung* hetzt

gegen Studierende und akzeptiert jede Person, die einen akademischen Titel hat. Das heißt, das Studium ist eine Passage, die so schnell wie möglich durchzumachen ist, die ein bisschen widerlich ist, und aus der sich durch den Erwerb des akademischen Titels herauszuwinden ist.

Die Personen, die einen solchen Protest gemacht haben, müssten diesen Protest zumindest in Erinnerung behalten können, was eine hohe Arbeit erfordert, jugendliche Bewegungen im eigenen Leben nicht mit der Jugend selbst abzutun bzw. mit der Erinnerung eines akademischen Titels diese Art von gesellschaftlicher Lehrlingschaft aufzugeben, sondern weiterzuführen. Da sind wir hier einer besonderen, kulturellen Grenze ausgeliefert: Das Lernen ist Pfui, aber den Titel haben ist wunderbar und ermächtigt, und der Zutritt zu Eliten ist überhaupt nicht anders möglich. Das muss in einem hohen Ausmaß reflektiert werden. Unsere Kultur verlangt uns ab diese Dinge abzustreifen, als wären sie Häute, die wir dann verlieren, und nicht etwas, das integriert wird. Da ist ein Bestehen auf sich selbst, ein hohes individualistisches Bestehen auf sich selbst in diesen Situationen die einzige Möglichkeit sich politisch zu entwerfen, sonst müsste man die Gewalt benutzen.

MALTSCHNIG: Kurz anschließend daran: Die Hetze der *Kronen Zeitung* gegen Studierende und vor allem gegen diejenigen, die nicht im Hörsaal sitzen, um zu studieren, sondern um ihn zu besetzen, schlägt dann irgendwann in so etwas wie eine absolut unnachvollziehbare Art von Devotismus um, nämlich dann, wenn sie den Titel haben, vornehmlich das Doktorat. Das ist ein spezieller Mechanismus der österreichischen Gesellschaft, den es sicher noch weiter zu ergründen gilt.

Frau Streeruwitz, Sie haben vorher gesprochen vom neoliberalen Raureif, der seit den 1980er Jahren die Universitäten überzogen hat; ich glaube, das ist eine Eiszeit geworden. Da geht es nicht mehr darum, Sachen fein in eine andere Richtung zu lenken, sondern es ist etwas geworden, das in »minds and bodies and hearts« geht, das mittlerweile derartig tief greifende Veränderungen in den psychisch-physisch-mental Dispositionen der Studierenden erlangt hat, dass gerade so Dinge wie diese Proteste auf der einen Seite ganz erstaunlich sind – wie so etwas hinhalten kann auf so eine lange Dauer, mit so vielen Menschen und in einer derartigen Intensität –, aber auf der anderen Seite sich sowohl die Uni, als auch das Ministerium auf lange Perspektive überhaupt nicht fürchten muss davor. Denn irgendwann müssen die Leute Prüfungen machen, müssen zurück in ihre Seminare, müssen ihre Seminararbeiten schreiben, sonst verlieren sie das Semester, sonst verlieren sie ihre Familienbeihilfe und ihre Studienbeihilfe,

etc. Über diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des universitären Bologna-Prozesses, der Beihilfensysteme, etc., schiebt irgendwann dieser Zeitdruck von hinten derartig an, dass man diesen besetzten Hörsaal aus einem Sachzwang verlassen muss, weil man etwa wieder in seine Lehrveranstaltung gehen muss.

Wenn eine Bildungskarriere in einem Bachelor-Studium nicht durch so ein Ereignis unterbrochen wird, das man sich merken kann, und durch das man an sich selbst lernt, was es heißt, sein Wissen und seine Erfahrung für etwas einzubringen, das keinen Schein bringt, aber trotzdem etwas persönlich Sinnvolles ist, dann fehlen oft Interessen und Perspektiven abseits der vorgeschriebenen Curricula. Das ist aber leider in Wahrheit die geistige Erziehung, die Studierenden mittlerweile an Hochschulen widerfährt, wenn sie sich nicht wehren.

Das sind Momente, die uns gerade im universitären Bereich relativ viele Probleme bereiten werden in der Entwicklung von Gegenstrategien, weil sie sich nicht nur in der Institution festschreiben, sondern in den Individuen, die da drinnen handeln, und von diesen Dingen auszubrechen, das ist eine Herausforderung, die sich noch sehr lange Jahre für uns stellen wird.

SCHÖNPFLUG: Ein bisschen fallen mir diese Absurditäten auf: Einerseits will man die Leute so schnell wie möglich durch das Studium durchjagen, aber wo kommen die dann hin? Auf den völlig überfüllten Arbeitsmarkt, wo sie dann nichts tun und zwar genügend Zeit haben Bücher zu lesen, aber dann nur Stress haben und erst nichts lesen können? – Das ist schon die erste Absurdität. Die zweite Absurdität habe ich beobachten können, als wir im Rahmen der Bologna-Protteste Mitte März einen Workshop gehalten haben zu einem quasi »verbotenen« Thema, den etwa 70 Leute besucht haben. Ich sage »verbotenes« Thema, weil das Themen sind, wie etwa *queer studies*, die nicht an einer Uni institutionalisiert sein dürfen, die keine eigenen Lehrveranstaltungen bekommen, und wenn man doch so etwas irgendwo einschleust, dann muss man das aus dem Titel raushalten. Wenn dann die Leute zahlreich kommen und in ihrer Freizeit dasitzen und sich dafür interessieren, denke ich mir: Da funktioniert etwas nicht. Wie kann das sein, dass diese armen, abgestumpften Studierenden sich dann plötzlich interessieren, dass sie ihr Wissen umsetzen in diesen *social skills*, dass sie so eine wahnsinnige Bewegung organisieren?



*Die TeilnehmerInnen an der Podiumsdiskussion (v.l.n.r.): Philip Taucher, Marlene Streeruwitz, Karin Schönplflug, Moderator Leo Hiesberger, Eva Maltschnig, Erich Ribolits
(© Martin Juen)*

PUBLIKUMSDISKUSSION

PUBLIKUMSFRAGE: *Ich wurde kürzlich von der ÖH auf einer Pressekonferenz korrigiert, der Bologna-Prozess sei mittlerweile ein ziemlich demokratischer Prozess. Ist der Bologna-Prozess mittlerweile tatsächlich ein demokratischer Prozess, an dem die Studierenden beteiligt sind? Und eine zweite Frage: »Sind die Unis oder unsere Unis noch zeitgemäß« – da würde ich als erstes fragen: Was ist eine Uni? Was heißt Universität? Was wäre angesichts der ursprünglichen Wortbedeutung eine Vision für die Universität von heute, so dass auf den Universitäten wieder der Zusammenhang allen Wissens gelehrt, gelernt, erkannt werden kann?*

EVA MALTSCHNIG: Ich glaube, dass die Kritik am Bologna-Prozess als einem sehr undemokratischen Prozess doch seine Berechtigung hat. Mittlerweile werden Studierende auf einzelnen Ebenen der Umsetzung mit einbezogen, in dem Sinne, wie sie überall mit einbezogen sind. Prinzipiell funktioniert die Bolognaimplementierung auf europäischer Ebene immer unter dem bekannten »naming, shaming, blaming« und durch ein peer pressureing auf nationalstaatlicher und internationaler Ebene. Dass das mit dem, wie wir landläufig vielleicht (parlamentarische) Demokratie definieren würden, nichts zu tun hat, ist relativ klar. Natürlich stimmt es, wenn Rektor Badelt sagt: »In jeder unserer Studienplanerstellungen auf Bachelor/Master waren Studierende mit dabei.« Zum einen verschweigt

er, dass einige von ihnen den Stundenplänen nicht zugestimmt haben. Zum anderen ist es aber richtig, dass dadurch, dass man an Verhandlungen teilnimmt und mitdiskutiert, man ein Stück weit die Legitimation dieses Prozesses erhöht. Aus einer demokratiekritischen Perspektive muss man, gerade in Österreich, die gesamte Hochschullandschaft mit einbeziehen und da ist es nicht nur der Bologna-Prozess, der die Probleme mit dem Demokratiedefizit mit sich bringt, sondern es ist die Hochschulstruktur an und für sich.

ERICH RIBOLITS: Ist die Uni noch zeitgemäß? Natürlich! So zeitgemäß, wie sie jetzt ist, war sie noch nie. Der Umbau dient ja genau dazu, dass sie zeitgemäß ist. Es ist heute ganz einfach nur der Wert von Bedeutung, oder nur das von Bedeutung, was sich über einen Geldwert ausdrücken lässt. Und insofern ist eine Universität, die diesem Geldwert unterworfen wird, als Dienstleistungsunternehmen, das verwertbare, brauchbare Wissenschaft zu liefern und verwertbares Humankapital herzustellen hat, absolut zeitgemäß. Das, wogegen die Studierenden protestieren und sich wehren, ist genau dieser Umstand, dass die Universität zeitgemäß gemacht wurde.

PUBLIKUMSFRAGE: *Passend zum Titel »Alternativen, Visionen und Utopien« würde mich interessieren: Wo wird die Uni in den nächsten Jahrzehnten, wo wird sie 2040 sein? Und wenn dann wieder eine Studierendenbewegung auftritt, was würden die dann fordern? Wo würde es hingehen? Für was kämpfen wir sozusagen langfristig?*

MARLENE STREERUWITZ: 2040 werden die Professoren – die immer noch überwiegend Männer sind, weil es wird sich daran nichts ändern – damit beschäftigt sein Fünftmittel zu generieren, und die Universitäten werden herunter gekommen sein, wenn nicht ein Pharmakonzern dahinter steht, denn die Universitäten werden nicht gewollt. Geist, selbst wenn er sich in einer relativ konservativen Form äußert, wie das auf den Unis ganz sicher der Fall ist, ist etwas, das hier verfolgt ist. Das kann man in der *Kronen Zeitung* nachlesen, nach wie vor. Was nun vor der Tür steht, ist die Revolution von Rechts, das ist das Erbe der ÖVP und hat mit dem tief verwurzelten Katholizismus zu tun. ÖsterreicherInnen können sich nicht in einer Veränderung vorstellen, ohne sie unbeschadet zu überstehen, sondern lassen lieber Katastrophen über sich ergehen und verbleiben unverändert. Das heißt, sie werden die Rechte wählen, weil das die Katastrophe ist, und dann haben sie es wenigstens hinter sich, dann ist es vorbei. Die Rechten werden die Universität, an der aufrührerische Elemente beheimatet sind, *links* liegen lassen, und das war es dann.

PUBLIKUMSFRAGE: *Wie könnte das, was da jetzt mit den Protesten begonnen wurde, mit allen Problemen und Sachzwängen unserer derzeitigen Gesellschaft, aufgenommen und weitergeführt werden, ohne auf irgendein Revival von #unibrennt 2009 zu warten, das vielleicht 2040 stattfindet?*

EVA MALTSCHNIG: Ich glaube, dass die derzeitigen Universitäten 2040 entweder weg oder durch etwas anderes ersetzt sind. Ich würde mir wünschen, dass zumindest die Art, die funktionale Situation, sich früher auflöst hin zu irgendwas, das besser funktioniert. Uns Studierenden würde ich im Moment einen pragmatischen Ansatz vorschlagen: Nutzen wir doch die Zeit, die uns bei unseren freien Dienstverträgen und unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen bleibt, als »Freizeit«, die wir dem Öffentlichen widmen, insofern, als dass wir die Netzwerke, die AktivistInnennetzwerke, die wir geknüpft haben, und die Interessen, die wir verfolgt haben, in unsere zwangsverschriebene Freizeit weiter führen. Vielleicht entwickelt sich daraus eine Idee, wie man den Entwicklungsprozess der Hochschulen ein bisschen beschleunigen und in einem positiveren Sinn abschließen kann.

ERICH RIBOLITS: Ich weiß nicht, was 2040 sein wird, das kann niemand von uns wissen. Ich glaube nicht, dass sich Gesellschaft oder Entwicklung so linear fortschreiben lässt, dass man sagen kann, das rechnen wir dann hoch, wie es 2040 sein wird, sondern, dass es vielmehr auf uns ankommt. Und ich glaube insofern auch nicht, dass diese Bewegung, wenngleich der erste Höhepunkt vorbei ist, zu Ende ist. Das ist, erstens, einmal gar nicht zu erwarten aufgrund der gesellschaftlichen Situation; es bricht an allen Ecken und Enden auf in der Gesellschaft, und sicher ist es eine große Gefahr, dass in Österreich die übliche Antwort gegeben wird, nämlich der Ruck nach Rechts, aber das ist absolut noch nicht entschieden. Das, was die Menschen, die bei dieser Bewegung mit gemacht haben, die dabei waren und integriert waren, gelernt haben, und wie sie dadurch verändert worden sind, das bleibt bestehen. Die Netzwerke können weiter existieren, und die diversen Arbeitskreise und Projekte, die da entstanden sind, haben alle eine Bedeutung und werden weiter wirken. Ich glaube sehr wohl, dass man hier und heute weiter um mehr Lebendigkeit, um mehr Leben, Lust und Freude kämpfen kann, sowie gegen die Vereinnahmung von allem und jedem durch die Ökonomie und durch die Verwertung.